

2220-1-5-K

**Bekanntmachung
des Vertrags
zwischen dem Freistaat Bayern
und dem Landesverband
der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern**

Vom 24. Januar 1998

Der Landtag des Freistaates Bayern hat mit Beschluß vom 17. Dezember 1997 dem am 14. August 1997 unterzeichneten Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend bekanntgemacht.

München, den 24. Januar 1998

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

**Vertrag
zwischen dem Freistaat Bayern
und dem Landesverband
der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern**

Präambel

Eingedenk des geschichtlich bedingten besonderen Verhältnisses zu seinen jüdischen Bürgern und geleitet von dem Wunsch, das freundliche Verhältnis zwischen dem Freistaat und der jüdischen Glaubensgemeinschaft zu fördern und zu festigen, schließt der Freistaat Bayern, vertreten durch den Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, mit dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, vertreten durch den Präsidenten Dr. Dr. Simon Snopkowski, folgenden Vertrag:

Artikel 1

Staatsleistung

(1) Zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes und zur Aufrechterhaltung jüdischen Gemeindelebens in den Israelitischen Kultusgemeinden Bayerns beteiligt sich der Freistaat Bayern an deren laufenden Ausgaben für religiöse und kulturelle Zwecke mit 2.115.000,- DM im Haushaltsjahr 1997, mit 3.700.000,- DM im Haushaltsjahr 1998 und 4.000.000,- DM ab dem Haushaltsjahr 1999¹⁾.

(2) ¹Die Zahlung erfolgt an den Landesverband und tritt an die Stelle der bisher erbrachten freiwilligen Leistung sowie des aus Paritätsgründen gewährten Zuschusses je Bekenntnisangehörigen. ²Der Landesverband fördert entsprechend seiner Satzung die einzelnen Israelitischen Kultusgemeinden, ungeachtet ihrer Mitgliedschaft im Landesverband. ³Der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern stellt den Freistaat Bayern frei, soweit eine Israelitische Kultusgemeinde oder eine sonstige jüdische Glaubensgemeinschaft gegen den Freistaat Bayern Ansprüche erheben sollte, die durch die Staatsleistung nach Absatz 1 abgegolten werden. ⁴Unmittelbare Ansprüche von Israelitischen Kultusgemeinden gegen den Freistaat Bayern werden durch diesen Vertrag nicht begründet.

(3) Die Staatsleistung erhöht oder vermindert sich, beginnend ab dem Haushaltsjahr 1999, zu Beginn jeden Haushaltsjahres in dem gleichen Verhältnis, in dem sich die Grundgehaltssätze der Landesbeamten der Besoldungsgruppe A 13 im vorhergehenden Haushaltsjahr erhöht oder vermindert haben.

(4) Die Staatsleistung wird mit je einem Viertel des Jahresbetrages jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November gezahlt.

¹⁾ vorbehaltlich der Entscheidung des Bayerischen Landtags

Artikel 2

Religionsunterricht

(1) ¹Der jüdische Religionsunterricht ist an den Volksschulen, Realschulen, Gymnasien, Förderschulen, Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Wirtschaftsschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, an sonstigen Schulen nach Maßgabe der Schulordnung, für jüdische Schüler ordentliches Lehrfach (Pflichtfach); Art. 137 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern bleibt unberührt. ²Der Unterricht wird im Einvernehmen mit den Schulaufsichtsbehörden und unter Beachtung der für den Religionsunterricht allgemein geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften vom Landesverband organisiert. ³Er kann in Räumen abgehalten werden, die vom Landesverband oder den Kultusgemeinden zur Verfügung gestellt werden, sofern sie für Unterrichtszwecke geeignet sind.

(2) Der Religionsunterricht wird unbeschadet der staatlichen Schulaufsicht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Glaubengemeinschaft erteilt.

(3) An den nach Art. 6 Abs. 1 des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage – FTG – (BayRS 1131-3-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1994 (GVBl S. 1049), geschützten israelitischen Feiertagen haben die bekenntniszugehörigen Schüler an den Schulen aller Gattungen unterrichtsfrei.

(4) ¹Die Verantwortung für den Religionsunterricht obliegt dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. ²Die Organisation und Durchführung des Religionsunterrichts vor Ort obliegt der jeweiligen Kultusgemeinde.

(5) ¹Die Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts setzt die Bevollmächtigung durch den Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern voraus. ²Der Religionsunterricht kann nur von Lehrkräften erteilt werden, die die wissenschaftliche und pädagogische Eignung für diese Aufgabe haben und für die von der jeweils zuständigen Schulaufsichtsbehörde eine Unterrichtsgenehmigung erteilt wurde.

(6) Der Personal- und Sachaufwand für den Religionsunterricht ist durch die Staatsleistung nach Art. 1 abgegolten.

Artikel 3

Ausschluß sonstiger Leistungen

¹Der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden wird über die nach Art. 1 gewährten Leistungen hinaus keine weiteren finanziellen Forderungen an den Freistaat Bayern herantragen. ²Unberührt bleiben Leistungen, die nach Maßgabe der allgemein geltenden Gesetze oder auf Grund von Vereinbarungen mit dem Bund und den Ländern gewährt werden. ³Dazu gehören vor allem die staatlichen Leistungen zur dauernden Pflege verwaister israelitischer Friedhöfe in Bayern sowie die staatlichen Leistungen zur Unterbringung und Betreuung jüdischer Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion.

Artikel 4

Freundschaftsklausel

¹Die Bayerische Staatsregierung und der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden werden sich zur Regelung von Angelegenheiten, die die beiderseitigen Interessen berühren, miteinander ins Benehmen setzen. ²Sie werden etwaige Meinungsverschiedenheiten auf freundschaftliche Weise ausräumen.

Artikel 5

Laufzeit und Kündigung

¹Dieser Vertrag kann von jedem der Vertragschließenden mit einer Frist von einem Jahr schriftlich gekündigt werden, erstmalig zum 31. Dezember 2002. ²Seine Geltungsdauer verlängert sich jeweils um fünf Jahre, wenn er nicht fristgerecht gekündigt wird.

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt mit Inkrafttreten des Zustimmungsgesetzes in Kraft.

München, den 14. August 1997

Dr. Edmund Stoiber

Dr. Dr. Simon Snopkowski

7803-15-E

Sechste Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft

Vom 13. Januar 1998

Auf Grund des Art. 89 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft vom 15. Juni 1983 (GVBl S. 469, BayRS 7803-15-E), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. August 1994 (GVBl S. 912), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:
„sie müssen zugleich hauptamtliche Fachakademielehrkräfte sein.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird „(Art. 47 GbSch)“ gestrichen.
 - bb) In Satz 2 werden die Worte „mit Genehmigung des Staatsministeriums“ durch die Worte „durch den Direktor“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Worte „einen Fachakademielehrer“ durch die Worte „eine hauptamtliche Fachakademielehrkraft“ ersetzt.

2. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 Nr. 2 wird aufgehoben; die Nummern 3 und 4 werden Nummern 2 und 3.
- b) Absatz 5 Satz 3 wird aufgehoben.

3. Auf Grund der geänderten Artikelfolge des Bayeri-

schen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1994 (GVBl S. 689, ber. S. 1024 und 1995 S. 98 und 148, BayRS 2230-1-1-K), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 26. Juli 1997 (GVBl S. 352), werden die Verweisungen in der Schulordnung für die Staatliche Fachakademie für Landwirtschaft auf das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen wie folgt geändert:

bisher	neu
Art. 30	Art. 51
Art. 31	Art. 52
Art. 32. Abs. 4	Art. 53 Abs. 1, 2, 3
Art. 33	Art. 54
Art. 34	Art. 55
Art. 35	Art. 56
Art. 36	Art. 57
Art. 37	Art. 58
Art. 38	Art. 59
Art. 40	Art. 62
Art. 55	Art. 78
Art. 61	Art. 84
Art. 62	Art. 85
Art. 63	Art. 86

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 15. September 1997 in Kraft.

München, den 13. Januar 1998

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Reinhold Bocklet, Staatsminister